

Der Kampf gegen den Hunger und die Rolle der Gewerkschaften

Die vergangene Woche steht in dem Zeichen des wachsenden Abwehrwillens der Betriebsarbeiter. In Deutschland sind eine ganze Reihe von Betrieben in den Abwehrstreik getreten, trotzdem die Gewerkschaftsführer den Arbeitern vorreden wollen, daß in Zeiten der Krise Streiks zwecklos sind. So sind anfänglich der Abwehr gegen die Auswirkungen der letzten Papen-Notverordnung in Berlin die Betriebe Spinnstofffabrik Zehlendorf, Daimler, Montania, Bauhilfs-Buckow, bei Lichtenberg und Freytag, Lakormayer, Großtrahm und Hortensen in einen „bestrittenen Proteststreik“ eingetreten. Außerdem fanden in den Betrieben Promms Akt., Löwen-Hölmisch, Glaswerk Lichtenberg, Schultheiß Spandau, eine Reihe Müllfabrik-Depots, Abteilungen der AEG-Turbinen und des Viehl- und Schlachthofes „Protestversammlungen“ statt.

Bei Stock in Marienfelde bei Berlin trat der Maschinenbau- und die Spezialfabrik in massive Resistenz. Die Direktion zog den Lohnabbau nach während der Streikabstimmung zurück. So könnte die Liste der Streik-Betriebe verlängert werden, leider macht dies der Rummangel unmöglich. Aber nicht nur in Berlin, sondern auch im Reich verstärkte sich der Wille des Kampfes der Arbeiter von Tag zu Tag. So in Sachsen die Textil-Arbeiter, wo der Lohnabbau erfolgreich abgewehrt wurde.

In Weiden streikten 1000 Schuhmacher. Trotzdem die Unternehmer mit einer einwilligen Verfügung des Amtsgerichts arbeiteten, wurde der Streik geschlossen fortgesetzt. Ein Unternehmer hat den Lohnabbau zurückgenommen. Auch an der Wasserkante stehen die Arbeiter im Streik. So in der Papierfabrik Fuchs-Hamburg, Asphaltwerk Hamburg-Hamm, Jute-Fabrik Billstedt, Lederwerk Hallenstein i. G., etc. Bei einzelnen Betrieben genigte die Streikandrohung, um den Lohnabbau zurückzunehmen.

Ein typisches Streikbild lieferte der Streik beim Scher-Verlag, Berlin. Hier streikten die Packler und das Hilfspersonal. Während sich die Drucker dieser Bewegung anschlossen und die Buchbinder ankamen, blieben die Maschinensetzer an der Arbeit. Dadurch war es möglich, die Zeitung in einem anderen Betrieb drucken zu lassen. Auch die Botenfraktion schlossen sich dieser Bewegung nicht an.

Am 1. Oktober streikten auch die Möbeltransportarbeiter, so daß es in verschiedenen Berliner Stadtteilen zwischen den Streikenden mit denen sich viele Erwerbslose solidarisch erklärten und den Streikbrechern zu Reibereien kam.

Die Rolle der Gewerkschaften
In Deutschland wird von Seiten der Kapitalisten die Not verordnet. Die Arbeiterklasse hat auf diese Verordnungen wenig oder gar nicht reagiert. Sie hat bei allen diesen Dingen, die sich in der letzten Zeit ereigneten, von Ministersturz Seeverings bis zum letzten Buchstaben der Notverordnung, 4. September, abwartend bei Seite gestanden und auf das Einzugreifen ihrer großen „Massen-Organisationen“ gewartet. Das ist alles vergebens gewesen. Mit unerbittlicher Energie geht die Bourgeoisie dazu über, auch das letzte Stückchen Brot noch zu teilen, damit die „erwerbslosen Brüder“, auf Kosten der noch Arbeitenden „satt“ gemacht werden können. Daß dies nicht so ohne weiteres gelingt, und daß in der deutschen Arbeiterklasse noch nicht alles proletarische Solidaritätseffektiv in der Hande gegangen ist, beweisen die einzelnen Streiks, die in der letzten Woche in Deutschland ausbrachen.

Zur Verstärkung dieser Aktionen ist es notwendig, daß diese Streiks nicht in dem Abwehr-Karotten, in dem sie augenblicklich stecken, versanden, sondern sie müssen über diesen Rahmen hinausgetrieben werden.

Daß die Bourgeoisie diese von der Arbeiterklasse zu bewerkstelligende Verschärfung nicht so gerne, und klanglos hinnehmen wird, zeigt der Streik der Weidenfelder Schul-Industrie. Hier ist die herrschende Klasse dazu übergegangen, mit Hilfe der Justiz diese Verschärfung abzuwehren. Wie immer in solchen Fällen finden sich auch die Helfershelfer der Bourgeoisie ein. Trotzdem sie vor einigen Wochen von Seiten dieser Notverordnungs-Regierung einen andrängenden Tritt in den Hintern bekommen haben, sitzen die Vertreter der Gewerkschaften mit der Regierung am Verhandlungstisch und beraten darüber, wie man diese Streikwelle auf Kosten der Arbeiter und Arbeitslosen beseitigen kann, um den Herren von Schlott und Korn zu ihrem „Recht“ zu verhelfen.

Wie ernst die Regierung diese Streiks auffaßt, das geht aus einer Rede des Arbeitsministers Schäfers hervor. Nachdem

sich der Herr „Arbeitslosen-Minister“ gegen die Meldungen der Streiks wehrt und der Presse die Anweisung gibt, diese Meldungen abzumildern, erinnert er die Gewerkschaften an ihre Aufgabe, indem er sagt:

„Es scheint mir zunächst Aufgabe der Gewerkschaften zu sein, die Streikmeldungen auf ihren wahren Sachverhalt zu prüfen und dann sofort das zu veranlassen, was die tarifvertragliche Friedenspflicht von ihnen verlangt. Denn es ist ganz zweifellos, daß die Zahlung des vom Arbeitgeber auf Grund der Verordnung gekürzten Lohnbetrages als eine volle Erfüllung der tariflichen Verpflichtungen anzusehen ist. Auf die unmittelbaren Folgen der Verletzung der Friedenspflicht hinzuweisen erübrigt sich; jede Gewerkschaft und jeder Arbeiter weiß das: — wie es scheint, seien aber manche noch nicht ein, daß wenn die Friedenspflicht verneint oder hartnäckig verletzt wird — der Bezirkt des Tarifvertrages gefährdet und die Stellung der Gewerkschaften erschüttert wird. — Für den Winter hat die Reichsregierung die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ins Auge gefaßt, weil sie davon ausgeht, daß auf Grund des Wirtschaftslanes die Arbeitslosenfrüher sinkt (???) (Red.). Es kommt jetzt zum guten Teil auf die Haltung der Gewerkschaften und der Arbeiter an, ob diese natürliche Voraussetzung eintreten kann, oder alle Fälle hat die Reichsregierung ihrem Wirtschaftsplan und an der Verordnung fest.“

Nach allen Erfahrungen, die die Arbeiter mit ihren sogenannten „Massen-Organisationen“ gemacht haben, können sie sicher sein, daß sie die Interessen der herrschenden Klasse wahrnehmen werden. Sie werden, anstatt die jetzt öfter ausbrechenden Kämpfe vorwärts zu treiben und zu verbreiten, sie lokalisieren. Sie werden auf ihr „Verantwortungsgefühl“ gegenüber der „deutschen Wirtschaft“ pochen, wenn die Belegschaften von ihnen die Sanktionierung irgendwelcher Kämpfe verlangen. Welche Rolle ihnen die Regierung zudeckelt hat, das geht aus dem Jahresplan der Regierung hervor, in dem es heißt:

„Während der Wintermonate soll sich die Ankurbelung (?) der Wirtschaft auswirken (wer lacht da?) von der der Reichskanzler in seinen Erklärungen die Einstellung von mindestens 17 Millionen Erwerbslosen erwartet. Die hunderttausend Arbeitslosen werden in dieser Zeit die Pläne für den Ausbau des Arbeitsdienstes aufgestellt werden. Damit berührt man schon einen weiteren überaus wichtigen Punkt in dem Regierungsprogramm: die Einschaltung der Gewerkschaften in die sozialpolitische Arbeit. Die Gewerkschaften sollen bei der Organisation des Arbeitsdienstes mitwirken, damit von vornherein die jetzt bestehende Misstrauen zerstört werden kann. Die Voraussetzung dafür und für weitere Aufgaben der Gewerkschaften, die jetzt noch der Staat untersagt, wäre das Verschwinden gewisser Konkurrenzverhältnisse unter den einzelnen Gewerkschaftsrichtungen und die angestrebte berufsständische An Stelle des jetzigen politischen (?) Aufbaus der Gewerkschaftsorganisationen. Unter solchen Voraussetzungen könnten die Gewerkschaften amtliche Aufgaben sowohl in der Arbeitsdienstorganisation als bei der Regulierung und Verwaltung der Sozialleistungen erhalten, so daß ein jetzt auf das Gebiet der Tarifpolitik beschränkter Aufgabenkreis eine Änderung erfahren würde. Zuzüglich könnten sich damit ein Unterbau für ein berufsständisches Wirtschaftsorgan an Stelle des jetzigen Reichswirtschaftsrates abgeben.“

Wenn die Bonzen dieser oben zitierten Organisationen augenblicklich gegen diese Aufgabenteilung durch Herrn Papen Zeter und Mordio schreien, so wissen wir, daß sie auf dem Sprünge stehen, den „Retter“ für den untergehenden Kapitalismus zu spielen. Und die ihnen oben zudeckelte Rolle liegt ganz auf der Linie ihrer Entwicklung.

Wenn aber die Arbeiter in Deutschland auf diese Organisationspläne hoffen, so können sie diese Hoffnungen schon jetzt ruhig besetzen.

Die Arbeiter können die Aufgaben, die von der Geschichte gestellt werden, nur lösen, indem sie selbst ihre Kämpfe organisieren und durchführen. Die Streiks, die augenblicklich stattfinden, sind erste Konsequenzen des Klassenkampfes proletarisch. Das ist die erste Aufgabe der Gewerkschaften, damit sie Schritt das Gras des Kapitalismus zertrampeln.

Nur in zusammengefaßten außerparlamentarischen Massenaktionen, den Streiks der Betriebsarbeiter, den Solidaritätsaktionen, die in den Betrieben, in den Fabriken, in den Kaminen der Abwehrkämpfe, können die Arbeiter über den Kapitalismus den Sieg davontragen.

Notiz der Woche
Was geht im Fernen Osten vor?
Die Presse meldet, bestätigt durch sowjetrussische Meldungen, den Abschluß eines großen Lieferungsvertrages zwischen der Sowjetunion und Japan. Gleichzeitig wurden Verhandlungen anbehang zwischen Japan und Rußland über die Anerkennung des neuen Mandchustates und die Aufteilung der russisch-japanischen Einflusssphären in der Mandchurei. Mitte September wurde außerdem zwischen Japan und Rußland ein Fischereiaabkommen abgeschlossen, das die nördlichen Fischgründe gleichmäßig aufteilt.

Der erfolgreiche Abschluß dieser Verhandlungen gibt dem japanischen Imperialismus freien Spielraum im Fernen Osten. Die russischen Oelleferanten gehen restlos an die japanische Kriegsflotte und machen sie unabhängig vom amerikanischen Kapital, was bisher Oelleferant für Japan war.

Gleichzeitig wird gemeldet, daß die Unterzeichnung des russisch-französischen Nichtangriffspaktes nahe bevorsteht. Bekanntlich wurde schon im vorigen Jahr der paragrafierte Vertrag veröffentlicht. Im Zusammenhang damit wurde ebenfalls ein russisch-französisches Oelabkommen abgeschlossen, was Rußland zum ersten Oelleferanten Frankreichs macht.

Die russisch-rumänischen Nichtangriffsverhandlungen werden vorbereitet, alle Schwierigkeiten in der belgarischen Frage sind so gut wie beseitigt.

Von einer Antisowjetfront ist in diesen Meldungen wenig zu merken. Aus diesem Grunde müssen die Meldungen aus dem Fernen Osten von der Arbeiterschaft genau verfolgt werden. Wir werden in der nächsten Nummer näher auf diese Dinge zurückkommen.

Streik der holländischen Seelenle „siezreich“ beendet.
[HOLL.] Der Streik der holländischen Seelenle endete mit einem Scheitern. Die Taktik der Gewerkschaften des Berufsgruppenkampfes, obwohl sämtliche Löhne und die Unterstützung angesetzt sind, konnte den gewünschten Erfolge nicht erzielen. Nur die „Linke Arbeiter Opposition“ und die Gruppe von „Internationalen Communisten“ traten für einen allgemeinen Streik ein. Wenn auch ihre Propaganda diesmal nicht den genügenden Erfolg zeitigte, so wächst doch die Erkenntnis, daß in Zukunft eine andere Taktik Platz greifen muß.

Wenn auch der Streik im allgemeinen (außer) verlor, so ist doch die Haltung der Mannschaft des Dampfers „Rotterdam“ beachtenswert. Der Dampfer wollte seine Reise Amerika-Holland unterbrechen und wieder Kurs nach Amerika nehmen, nachdem er seine Passagiere in Boulogne Frankreich ausgeschifft hatte. Die Mannschaft forderte Holland anzusteuern und nachdem dies nicht zerschlug, taubte sie die Feuer und verweigerte den Dienst. Weder Drohungen noch gute Worte oder sogar Bier halfen nicht; die Mannschaft blieb bei ihrem Beschluß. Die Regierung sandte ein Schiff mit bewaffneten Marinesoldaten; auch dies war zwecklos, der „Rotterdam“ mußte Holland ansteuern.

Dieser Fall zeigt, wenn auch nur als ganz kleiner Anhaltspunkt, daß es in den letzten Jahren in welchen Dingen das Proletariat fähig ist, ohne Bonzen, ohne ROO, nur durch revolutionäre Einheit, durch Selbstaktivität der Arbeiter.

Unterm Brennglas
KKB blaut Zeitungsköpfe
Nach Lenin soll die Lüge eines der Kampfmittel der Bolschewisten sein. Dagegen haben wir im Prinzip nichts einzuwenden, solange der Klassenkämpfer beschwindelt wird und nicht die Proleten. Neuerdings jedoch hat sich die KPD auch noch auf Klauen verlegt. Im bürgerlichen „Rechtsstaat“ bringt das, je nach dem Grad der Handlung, Gefährnis oder Zucht aus; ein; in sogenannten „Vaterland der Arbeiter“ wird man oftmals deshalb erschossen. Die KPD-Leitung kann zufrieden sein, daß wir noch in bürgerlichen „Rechtsstaat“ leben, und daß die Unionisten es in bestimmten Fällen ablehnen, diesen „Rechtsstaat“ in Anspruch zu nehmen.

Die KPD hat nämlich den Kopf des „Kampfruf“ geklaut! Nicht etwa den Namen, nein, sie gibt sich kurzem eine Fälschung für alle Unterstützungsmappen heraus und verwendet dabei fast denselben Zeitungskopf, wie ihn der „Kampfruf“ noch vor einigen Monaten trug.

Es wird nach rückwärts angekurbelt.

Der nationalkonzentrierte Rundfunk bringt jetzt fast täglich Meldungen über Arbeiterereignisse auf Grund des Wirtschaftsplans der Reichsregierung vom 4. September.

Wie ist es nun mit der Wirtschaftsbelebung? Lassen wir einige Tatsachen sprechen:

Die Arbeitslosigkeit war am 15. September mit 5.261.000 um 48.000 höher als Ende August. Die Laxe des Arbeitsmarktes ist aber noch viel katastrophaler, als die amtliche Statistik ausweist. Das bürgerliche Institut für Konjunkturforschung verpflichtet soeben eine Untersuchung über den Umfang der „unsichtbaren“ Arbeitslosigkeit. Danach gab es im dritten Vierteljahr 1932 rund 7.160.000 Erwerbslose gegenüber 5.250.000 vor Jahresfrist!

Und nun weiter zur Wirtschaftsankurbelung:

Bayern hat in der Zeit vom 5. bis 27. September 1932 1490 Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung gemeldet. Gleichzeitig gibt aber die Reichsbahn bekannt, daß von den 52.000 gekündigten Arbeitern 30.000 auf Zeit weiter beschäftigt und die übrigen 22.000 entlassen werden.

Weiter: Nach Mitteilung des Schlichters vom Bezirk Berlin-Brandenburg wurden vom 5. bis 26. September 1932 1906 Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung vorgenommen. Andererseits werden aber die Massenentlassungen lustig fortgesetzt. So hat die AEG Mitte September wieder 600 Angestellten gekündigt, ebenso ist weiterer Arbeiterabbau geplant. Die AEG-Direktion hat im letzten Jahre die Angestelltenzahl von 10.000 auf 9000.

Die Großbankenentlassungen gleichfalls. Die Deutsche Bank- und Disconto-Gesellschaft hat den Abbau von 200 Angestellten angekündigt. Auch die Commerzbank will 100 Angestellte in der Zentrale entlassen und etwa 60 in den Berliner Depotsstellen.

Die Neueinstellungen sind außerdem größtenteils gar nicht eine Auswirkung des Wirtschaftsplans der Regierung. Es handelt sich meistens um Saisonfirmen, die in jedem Herbst für das Weihnachtsgeschäft Arbeiter einstellen, wie z. B. Textilerzeugung und Genüßmittelindustrie.

Ein weiteres Prunkstück der Wirtschaftsbelebung ist die neue AERAP-Programme. Hier soll durch Kontingenzierung die Einfuhr folgender Produkte vermindert werden: Schmalz, Erdbeeren, Speck, Schmalz, Butter, Käse, Kohl, Tomaten, Zwiebeln, Erbsen, Gerste, wichtige Obstsorten und Holz. Das wird zu Steigen der landwirtschaftlichen Inlandspreise sowie einen Beschäftigungsrückgang in der Transportindustrie zur Folge haben. Noch wichtiger aber ist die außenpolitische Wirkung. Denn die von der Kontingenzierung betroffenen Länder — Südafrika, Italien, Holland, Dänemark und Rußland — werden natürlich ihrerseits die Einfuhr deutscher Industriegüter beschränken. Deutschlands Fertigwarenausfuhr, von der 8 bis 9 Millionen leben, wird dadurch einen empfindlichen Schlag erhalten. So wird die Durchführung des deutschen AERAP-Programms eine krisenverschärfende Exportdrosselung bringen.

Diese Tatsachen illustrieren deutlich, wie die kapitalistische Wirtschaft nach — rückwärts angekurbelt wird, so daß die Karren immer tiefer in den Dreck gerät!

So sieht die Ankurbelung der Wirtschaft aus!
Der von IBO-Felbig A.-G., Tempelhof, Berlin-Treptow wird uns berichtet, daß die Firma eine ganze Abteilung aufloß. Bisher kommen 15 Arbeiter zur Entlassung. Die Felbig A.-G. läßt die Belegschaft schon seit Jahren nur drei Tage arbeiten und liefern die neuerlichen Entlassungen eine treffende Illustration zu Papens Ankurbelungsbestrebungen.

So sah unser Zeitungskopf aus:
DER KAMPFRUF
Und so hat ihn die KPD umgedreht für ihre Wald- und Wiesenagitation:
DER KAMPFRUF
Nun Klassengenossen bildet euer Urteil selbst! Wir hängen diese schmierige Klauerei hiermit entsprechend niedriger.

Litwinow der Friedensengel
Wir hatten schon des öfteren Gelegenheit, die sonderbare Rolle der Sowjetdelegation bei der Abrüstungskommission zu bewundern. Es zeigte sich nämlich, daß der Herr Litwinow als Schrittmacher der deutschen Abrüstungspläne in Erscheinung trat, indem er die militärische Gleichberechtigung Deutschlands forderte.

Wie war es doch, die KPD-Pressen erklärt doch immer, daß Deutschland „an der Antisowjetfront steht und nun mit einem Mal fordert Litwinow die Gleichberechtigung Deutschlands! Da stimmt doch etwas nicht.

„Klassenkampfmethoden“ der KPD
Wie im ganzen Reich, so veranlassen die „rr-Partei kommunisten“ auch in Bochum sogenannte „Volksfeste“ in Grün. Durch wochenlange Propaganda für derartige „revolutionäre“ Notwendigkeiten werden die Besucher insbesondere zum Kauf von Biermarken aufgefordert. Im Wasser findet diese „Volksfest“ in großen Sälen statt, wo hauptsächlich „revolutionäre Tänze“ eingeprägt werden. So geht das so ca. 13 Jahren jahraus, jahrein — damit die Proleten länger aber sicher daran gewöhnt werden. Nebenbei vergehen sie durch den Hunger und die eigene Not nicht allem Klassenkampf. Damit erfüllt die KPD die ihr zugewiesene historische Mission.

Herausgeber u. für den Inhalt Verantwortlich: F. Parlow, Berlin-Druckerei f. Arbeiter-Literatur, W. Isadomat, Berlin, Lange Str.

Aus dem Inhalt:

Parlamentarismus und KPD
Arbeitsdienst droht!
Aufgaben der KAU
Was geht i. d. Sowjetunion vor?
Linkswendung der 2. Internat.
Aus der Praxis der Einheitsfrontbewegung

ORGAN DER KAMMPFRUF
Der „KAMPFRUF“ erscheint zweimal monatlich und kostet vierteljährlich 1,- RM, im voraus zahlbar auf Postcheck-Konto Richard Radt, Berlin Nr. 103 17

KAMPFRUF

ORGAN DER KAMMPFRUF
(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

13. Jahr. Nr. 18 Oktober 1932 Preis 10 Pfg.

Es geht um den Kommunismus

„Große Männer machen ...“ Vorwärts zum Massenkampf!

Die Papenrede in München
„Was man an diesem Programm in einzelnen auch kritisch aussetzen haben mag, es hat jedenfalls der Wirtschaft bereits jetzt, in den ersten drei Wochen seiner Laufzeit, eine fühlbare psychologische, materielle Entspannung gebracht. Es hat Arbeit und Brot geschaffen.“ (Aus der Papenrede)

Herr von Papen hat schon wieder mal eine Rede gehalten und zwar nach der Art der „großen Männer, die die Geschichte machen“, mit viel Pathos, im üblichen aber selten „dramatischen Maßnahmen“ das erreichen, was nicht durch Reden erreicht werden kann. Und man muß schon sagen, Herr von Papen hat Unendlich, mehr Unendlich eigentlich als er verdient. Meistens taucht nach seinen Reden irgend ein Zaunstab der Weltgeschichte auf, der mit schrillen Tönen in das schöne Wortgebäude hineinplätschert. Ausgesprochen nach den oben zitierten skurrilsten Worten kommen Meldungen aus dem Ruhrgebiet über die wirtschaftliche Lage der Ruhrstädte, die einfach mehr als katastrophal sind. In Watscheid werden seit zwei Wochen keine Wohlfahrtsunterstützungen mehr gezahlt! In Duisburg-Hamborn werden die Gehälter nur noch auf Stotteln bezahlt. In den 14 Großstädten des Ruhrgebiets leben mehr als ein Drittel der Einwohner von öffentlicher Fürsorge. Seit dem Sommer 1927 hat sich die Zahl der Wohlfahrtsverwehler vervierzigfacht. Bei einer Gesamtbevölkerung von etwas mehr als drei Millionen Menschen betrug das Kassendefizit dieser 14 Ruhrstädte für das Jahr 1931 weit über 200 Millionen Mark. Gegenüber dem Jahre 1931 hat sich aber die Zahl der Fürsorgeunterstützten annähernd verdoppelt. Und nun kann sich jeder an fünf Fingern abzählen, wann der Zeitpunkt eintritt, wo diese Ruhrstädte pleite sind und kein Geld mehr auszahlen können, weder an die Fürsorgeempfänger noch an die Angestellten.

Aber wer glaubt denn etwa, daß nur die Ruhrstädte vor der Pleite stehen. Wie waren denn die Erklärungen auf dem deutschen Städtetag, wo alle deutschen Kommunen vertreten waren? Hat man nicht durchweg erklärt, daß alle Kommunen vor der Pleite stehen, und hat man nicht eine großzügige Reichshilfe für alle Kommunen verlangt? Tatsache ist, daß man die Verhältnisse des Ruhrgebiets auf alle Städte übertragen kann. Eine momentane Hilfe konnten sich die Kommunen nur dadurch schaffen, daß sie die Sätze für die Wohlfahrtsunterstützungen ganz gewaltig herabsetzten. In den Provinzstädten wurden Unterstützungssätze von wöchentlich 3 bis 10 Mk. für Ledige und Verheiratete gezahlt. Und damit diese Proleten nicht rebellieren, hat man Freiküchen geschaffen, die gelinde gesagt, meistens einen Saufzug für billiges Geld liefern und in denen sich diese Proleten beköstigen können.

Im übrigen versuchen die Gemeinden durch die Erhöhung der Negersteuer ihr Defizit etwas zu decken. Eine Erhöhung der Birgersteuer um das 5-fache ist dabei gar keine Seltenheit.

In Götting, wo ein nationalsozialistischer Oberbürgermeister amtier, ist die von den Nazis so viel bekämpfte Negersteuer auf das zwanzigfache des Grundbetrages festgesetzt worden.

Man stelle sich diese katastrophalen Verhältnisse vor und führe sich vor Augen, daß Herr von Papen in seiner Rede erklärte, die Reichsregierung habe die Absicht im Laufe des Winters die Unterstützungssätze zu erhöhen, weil im Laufe der nächsten Monate ein Steigen der Beschäftigungsziffer zu erwarten sei. Formell sind ja auch bei der letzten Zahlung 163.000 Erwerbslose weniger gewesen. Giebt man den Ungehörigen, die im freiwilligen Arbeitsdienst Beschäftigten um etwa 60.000 auf 200.000 zu erhöhen. Die Entlastung des Arbeitsmarktes ist also zu einem bestimmten Teil auf die Mehrbeschäftigung im Arbeitsdienst zurückzuführen, und daß das ein

Ein neuer Wahlrummel ist angekurbelt. Zum fünften Male soll hier in diesem Jahre wählen.

Der erst Ende Juli gewählte Reichstag ist bereits in seiner zweiten Sitzung wieder aufgelöst worden. Er hat war mit der riesigen Mehrheit von 512 zu 42 Stimmen die Hungerverordnung vom 4. September aufgehoben und dem Kabinett Papen das Mißtrauen ausgesprochen, — aber Regierung und Reichspräsident pleiten einfach auf diese Beschlüsse!

So hat der 12. September den Bankrott des Parlamentarismus besiegelt und damit auch den Bankrott der Demokratie!

Der Gang zum Wahllokal ist das einzige, was von den politischen Errungenschaften des November 18 übrig geblieben ist.

Nicht das „Volk“, nicht die Millionenarmee der Besitzlosen herrscht in dieser Republik, sondern die Kapitalistenklasse, die Besitzer der Wirtschaft! Die Tatsachen beweisen es:

Hat man auch etwa gefragt, ob die Notverordnung mit Hilfe des Diktaturparagrafen 48 durchgeführt werden sollte? Nein!

Hat man auch etwa gefragt, als Hitlers Notverordnungsbanden losgelassen und Sondergerichte zu eurer Niederhaltung eingesetzt wurden? Nein!

Oder hat man auch etwa gefragt, als den Industriefürsten und Junkern neue Milliardengeschenke bewilligt und weitere Lohnsenkungen durch Papens Wirtschaftsplan verfügt wurden? Nein und nochmals nein!

Die Kapitalistenklasse diktiert Ausplünderung und Unterdrückung des Proletariats und keine „Volksvertretung“, kein „roter Wahltag“ kann sie daran hindern! Die Ausbeuterruppe vom Geburts- und Geldadl herrscht eben auch politisch, weil sie die wirtschaftliche Macht besitzt, — und deshalb ist die bürgerliche Demokratie nur Massenbetrug! Denn:

Solange die Kapitalistenklasse Herr über die Produktionsmittel, Herr über Fabriken und Bodenschätze ist, solange wird ihre Staatsgewalt auch eine parlamentarische Arbeitermehrheit zerbrechen!

Kein Parlamentsbeschlüß wird wie bisher auch künftig jemals die Klassenlage der Arbeiterschaft grundlegend verbessern, solange noch die Bourgeoisie die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel besitzt und damit auch den staatspolitischen Machtapparat beherrscht.

Proletariat! Der parlamentarische Weg sollte auch nach den Prohezeungen der Sozialdemokratie die Bahn frei machen zum Sieg des Sozialismus. Nach dreizehn Jahren hat hier heute die Resultate vor euch: Hochzüchtung des Faschismus, katastrophaler Zusammenbruch der Wirtschaft, über sieben Millionen Arbeitslose, weiteres Ansteigen des Massenelends, stetiger Marsch in die Barbarei — das ist die kapitalistische Demokratie ohne schwarzrot-goldene Maske und ohne „bracht“-vollen Zwickel! Diese ungeheuerlichen Tatsachen beweisen eindeutig genug die Untauglichkeit des Parlamentarismus als Waffe der Arbeiterschaft.

Nicht mit dem Stimmzettel, sondern nur mit dem Schwert des revolutionären Machtkampfes kann die Bourgeoisie geschlagen werden!

Die große Entscheidung zwischen Kapitalismus und Sozialismus kann nur außerparlamentarisch fallen im direkten Kampf der proletarischen gegen die bürgerliche Klasse.

Revolutionäres Selbsthandeln, d. h. gemeinsamer Kampf der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter unter selbstgewählter Aktionsführung gegen Hungerdiktatur und Narfascismus — dies ist heute das Gebot der Stunde! Die parlamentarische Führerpolitik ist bankrott, — jetzt muß sich die Arbeiterklasse zur Massenaktion fertig machen!

Proletariat! Wir sagen euch deshalb zur Reichstagswahl: Laßt euch nicht abmalen durch den Wahlrummel von euren eigentlichen Aufgaben ablenken. Ihr müßt euch entscheiden:

Für die Unterwerfung vor der kapitalistischen Schwindeldemokratie — oder für den revolutionären Kampf gegen das gesamte System des Kapitalismus! Für parlamentarische Illusionspolitik und Passivität — oder für proletarische Massenpolitik und Aktivität! Die Entscheidung kann nur lauten:

Schluß mit dem Wahlbetrug der Demokratie des Massenelends!

Boycottiert die Reichstagswahlen!

Sprengt die reformistischen Fesseln!

Vereint euch zur Klassenfront!

Vorwärts zum Massenkampf!

Es geht um den Kommunismus!

Entlastung des Arbeitsmarktes darstellt, kann höchstens nur ein Narr glauben. Darüber hinaus weisen die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen aus, daß wieder mal einige Zehntausende aus dem Iszug jeglicher Unterstützung ausgetrieben worden sind. Daß diese dann auch auf die Stempelple verzeichnet ist ebenso verständlich. Weiter muß berücksichtigt werden, daß saisonmäßig durch das beginnende Weihnachtsgeschäft eine Neueinstellungen erfolgen und der traurige Rest, der dann noch übrig bleibt, ist auf Grund des Papenplanes eingestellt worden.

Entscheidend ist hierbei noch, daß die Arbeitsämter wenig von der Entlastung des Arbeitsmarktes merken. So beschwört sich das Arbeitsamt Berlin-Brandenburg darüber, daß die Arbeiter bei fast gar nicht die Arbeitsämter bei Neueinstellungen berücksichtigen. So sind im Bezirk Berlin-Brandenburg, wo über eine Million Erwerbslose registriert worden sind, auf Grund des Papenplanes nach Erklärung des Arbeitsamtes Anfang Oktober 1651 Neueinstellungen vorgenommen. Die Sache mit den Neueinstellungen ist also weiter nichts, als ein Rosen-

bluff. —

Zieht man zu all diesen Dingen noch die Auswirkungen der Kontingenzierungen des deutschen Außenhandels mit seinen ebenfalls katastrophalen Auswirkungen hinzu, — wir wissen schon ausführlich in der vorigen Nummer des „Kampfruf“ darauf hin — so muß man sich immer wieder fragen, worin denn nun eigentlich die Neuankurbelung der Wirtschaft bestehen soll. Nach oberflächlichen Schätzungen wird der deutsche Außenhandel abermals halbiert, was für die deutsche Exportindustrie einen Produktionsrückgang von drei Milliarden Mark ausmacht. Ein weiteres ungeheures Ansteigen der Erwerbslosigkeit ist die Folge.

Wir zweifeln nicht daran, daß von all den tönenden Phrasen der Wirtschaftsankurbelung und großen Reden nur die „dramatischen Maßnahmen“ übrig bleiben werden. Und Herr von Papen hat klipp und klar in seiner Rede erklärt: „Wer sich in diesem Kampf nicht eindeutig und geschlossen hinter die Regierung stellt, ist ein Feind des deutschen Volkes. Das deutsche Volk weiß besser das-